



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2018

Vorsorge, nicht verhindern

Aerni, Philipp

Abstract: Die politischen Leitfaden der Gentech-Landwirtschaft: Vorsorgeprinzip

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-153484>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Aerni, Philipp. Vorsorge, nicht verhindern. In: Tages-Anzeiger, 12 May 2018, 12.

Gastbeitrag Philipp Aerni über die politischen Leitplanken der Gentech-Landwirtschaft.

Vorsorgen, nicht verhindern

Das Vorsorgeprinzip ist ein wichtiges Prinzip der Gesundheits- und Umweltpolitik. Es mahnt zur Vorsicht vor menschengemachten Risiken, auch wenn diese wissenschaftlich noch nicht vollständig erfasst werden konnten. Nun hat die eidgenössische Ethikkommission für Biotechnologie (EKAH) am Montag ihren neusten Bericht zum Vorsorgeprinzip vorgestellt. Eigentlich sollte er der Politik eine klare Leitlinie aufzeigen. Aber das Papier macht einen grossen Bogen um die Frage, in welchen Situationen das Vorsorgeprinzip übers Ziel hinausschiesst.

Die Anwendung des Vorsorgeprinzips in Form eines Anbauverbots von genetisch veränderten Pflanzen in der Schweiz ist umstritten: Zunehmend stellt sich die Frage der Verhältnismässigkeit. Und die ist ebenfalls ein wichtiges Prinzip im Umweltrecht. Solange ein Gentech-moratorium dazu genutzt wird, Risiken besser zu verstehen und die Erkenntnisse in eine politische Neubeurteilung einfließen zu lassen, können vorbeugende Massnahmen durch beide Prinzipien gerechtfertigt werden.

Bei der dritten Verlängerung des Moratoriums vor einem Jahr stand aber die Frage nach der Verhältnismässigkeit nicht mehr zur Diskussion. Dabei haben wir mit dem Anbau und dem Konsum von Gentechpflanzen mehr als 20 Jahre Erfahrung. Sie gelten heute als die am gründlichsten untersuchten Pflanzen der Menschheitsgeschichte. Aber das hinderte manche Politiker nicht daran, zu behaupten, die Risiken der Gentechnik seien weitgehend unbekannt.

Viele Nachhaltigkeitsexperten stellen jetzt auch die Frage nach den Kosten des Nichthandelns. Die Agrarbiotechnologie kann ja auch zur Lösung von Umwelt- und Ernährungsproblemen beitragen. Das Vorsorgeprinzip, kritisieren sie, wurde nie als Verhinderungsprinzip verstanden. Es darf daher nicht bloss der Beschwichtigung von Ängsten dienen, die von Protestorganisationen und Medien bewirtschaftet werden.

Die Angst der Politiker

Den politischen Entscheidungsträgern in der Schweiz kam jedoch angesichts der emotionalen Diskussion ein Bekenntnis zum Vorsorgeprinzip sehr gelegen. Damit konnten sie ihre Ablehnung mit der Vernunft der Vorsorge rechtfertigen. Dem Vorwurf, nur emotional oder opportunistisch zu entscheiden, wichen sie damit aus.

Mit Ethik hatte dieses politische Kalkül aber wenig zu tun. Viele befürchten, dass die Diskussion um neue Verfahren wie «Genome Editing» aus politstrategischen Überlegungen ein ähnliches Schicksal erleiden werden.

Wer nun darauf gehofft hat, dass die Biotechnologiekommision die Situation klärt, sieht sich getäuscht. Der Bericht versucht angestrengt, die Kontroverse um das Vorsorgeprinzip zu vermeiden. Er beschreibt das Prinzip aus umweltrechtlicher und ethischer Perspektive und schliesst mit der Aussage, dass bei neuen gentechnischen Entwicklungen eine klare Vorsorgesituation vorläge. Was fehlt, ist die Aussage, dass eventuell die Anwendung von Fall zu Fall untersucht werden müsste, oder dass die Technik auch mithelfen könnte, bestehende Risiken in der Landwirtschaft zu minimieren.

Die Kommission ist sich einig, dass strikte Vorsorge getroffen werden müsse, indem die Beweislast den Anwendern übertragen wird. Diese sollen beweisen, dass es keine Gefahren gibt. Damit öffnet der Bericht einer erneuten Politisierung des Vorsorgeprinzips Tür und Tor. Denn das legitimiert erneut die politische Forderung nach einem Nullrisiko, das es bei der Technikfolgenabschätzung nicht gibt und nie geben wird.

Eine Verantwortungsethik müsste auch den Mut haben, auf die Gefahr des Missbrauchs des Vorsorgeprinzips hinzuweisen. Aber eine solche Kühnheit hätte den Konsens innerhalb der Kommission zu stark strapaziert. Schade.



Philipp Aerni

Der Sozialwissenschaftler ist Direktor des Zentrums für Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit (CCRS) an der Universität Zürich.